

## **Existenzsicherndes Grundeinkommen statt Armut**

Prof. Katharina Prelicz-Huber, Präsidentin vpod

Es hörte sich gut an, das UNO-Millenniumsziel, das sich die Staaten der Welt gesetzt haben: Bis im Jahre 2015 soll die Zahl der Hungernden und in extremer Armut Lebender halbiert werden. Warum eigentlich nur halbiert? Es wären genügend Güter für alle vorhanden! Trotz diesem Ziel hat sich die Armut weltweit drastisch ausgeweitet. Die Schere zwischen Arm und Reich öffnet sich weiter: 1% der Reichsten besitzt mittlerweile mehr als die 99% Restlichen zusammen. Sogar in der reichen Schweiz sind gegen 900'000 Menschen so arm, dass sie Hilfe vom Sozialstaat benötigen – mit steigender Tendenz!

Von Armut betroffen sind hierzulande vor allem Familien mit mehreren Kindern, Alleinerziehende, Langzeiterwerbslose oder Working Poor, also Menschen, die trotz Erwerbsarbeit ihre und die Existenz ihrer Familie nicht decken können. Jedes siebte Kind wächst in Armut auf. Es besteht dringender Handlungsbedarf!

Mit einem bedingungslosen und existenzsichernden Grundeinkommen für alle, welches die elementaren Bedürfnisse wie Nahrung, Kleidung, Wohnung, Gesundheit, Bildung und soziale Teilnahme abdeckt, könnte der Armut effektiv begegnet werden. Selbst das Bundesgericht anerkennt, dass die Existenzsicherung die Bedingung menschlicher Entfaltung überhaupt bilde und unentbehrlicher Bestandteil eines demokratischen Gemeinwesens sei. Zudem verhindern eine genügende Existenzsicherung der Bevölkerung und ihre Teilhabe am gesellschaftlichen Leben soziale Unruhen.

Das will die Volksinitiative „für ein bedingungsloses Grundeinkommen“: Der ganzen Bevölkerung ein menschenwürdiges Dasein und die Teilnahme am öffentlichen Leben ermöglichen. Nach Bundesgericht heisst dies heute ca. Fr. 2'500.- pro Person und gemäss InitiantInnen pro Kind zusätzlich die Hälfte.

Ein Grundeinkommen beruht auf der Idee der gleichberechtigten und sozioökonomischen Unabhängigkeit aller BürgerInnen: Mit der Entkoppelung von Erwerbsarbeit und Lebensunterhalt fallen die Existenzängste weg. Die finanzielle Souveränität eröffnet Freiräume, nach Wunsch, Neigung und Fähigkeit die Gesellschaft und das Arbeitsleben mitzugestalten – weiterhin als Angestellte in einem Betrieb, als selbständig Erwerbende oder als solidarisch Tätige, was in einer Demokratie von grosser Bedeutung ist.

Arbeitgebende wären gefordert, anständige Bedingungen zu schaffen, weil die Existenzsicherung als Job-Motor nicht mehr gegeben wäre. Die Existenz von Kunstschaffenden wäre gedeckt und der Mut, eine eigene Geschäftsidee umzusetzen, würde deutlich steigen. Denn Menschen wollen arbeiten, etwas Sinnvolles in ihrem Leben tun, auch ohne Zwang und Existenzdruck. Voll- und Teilzeit-Hausfrauen und andere ehrenamtlich Tätigen zeigen es!

Menschen wollen nicht nur frei sein, sie sind auch bedürftig. Kaum ein Baby hätte überlebt, wenn es nicht die gratis geleistete Betreuungsarbeit der Frauen gäbe. Ihnen gibt ein Grundeinkommen deutlich mehr Souveränität, ihr Leben eigenständig zu gestalten. Damit ist noch längst keine faire Bezahlung der Care-Arbeit oder eine gerechte Verteilung der Erwerbs- und Nichterwerbsarbeit auf beide Geschlechter erreicht, aber die schlimmsten Auswirkungen gemildert und eine neue, unabhängige Ausgangslage geschaffen. Männer hätten keine Ausreden, Haus- und Erziehungsarbeiten nicht zu übernehmen!

Ein Grundeinkommen ist ohne Sozialabbau finanzierbar, wenn der politische Wille dafür da ist! Entfallen doch nicht zuletzt die Sozialhilfeleistungen, ein Teil der

Sozialversicherungen, hohe Verwaltungs- und Rechtskosten und gewisse Lohnanteile. Entfallen würde auch der entwürdigende Gang auf die Fürsorge.

Umgesetzt ist die Idee bereits mit der AHV, die allen alten Menschen zugute kommt, unabhängig davon, ob sie arm oder reich sind. Das Modell könnte ohne viel Aufwand auf alle ausgeweitet werden. Die AHV baut auf den Solidaritätsgedanken und trägt durch die progressive Finanzierung zur gerechten Umverteilung bei.

Das Grundeinkommen deckt nur die Existenzsicherung ab. Zusätzliche Leistungen wie bspw. bei IV, ALV oder Pensionskasse bleiben bestehen. Sozialabbau ist nicht das Ziel! Geben wir diesem zukunftssträchtigen Gesellschaftsvertrag eine Chance. Es kann nicht sein, dass Millionensälare bezahlt und Banken mit Milliarden gestützt werden, während die Existenz für alle nicht gesichert ist!